

Antrag

Hannover, den 08.05.2020

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU

Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Europäische Union (EU) steht angesichts der Herausforderungen infolge der weltweiten COVID-19-Pandemie vor schicksalhaften Monaten. Zweifelsohne zählen die Bekämpfung des Virus und die Bewältigung der sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie zu den größten Aufgaben, mit denen sich die Gemeinschaft je konfrontiert sah. Gelingt es der EU, gemeinsame Antworten auf die durch die Pandemie aufgeworfenen Fragen und Probleme zu finden, würde dies die europäische Einheit noch einmal erheblich stärken und befördern. Ein Aufbrechen der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungszone würde dagegen den Mitgliedstaaten und damit auch der Bundesrepublik Deutschland erheblich schaden - weit über ökonomische Belange hinaus.

Die Handlungsfähigkeit der EU ist nicht zuletzt für die zeitnahe Einigung auf einen Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 von erheblicher Bedeutung. Zahlreiche Projekte in ganz Europa würden ohne europäische Fördermittel nicht verwirklicht werden können. Die Schaffung von Klarheit für die kommenden Jahre ist unabdingbar. Eine Herausforderung bleibt auch der Abschluss des Brexit, zu dem viele noch offene Fragen bis zum Jahresende geklärt werden müssen, und nicht weniger die Verhandlungen von Mitgliedstaaten und Kommission zum Europäischen Green Deal.

Deutschland übernimmt zum 1. Juli 2020 für einen Zeitraum von sechs Monaten den Vorsitz im Rat der EU. Mit der Präsidentschaft wächst der Bundesrepublik noch einmal mehr Verantwortung dafür zu, dass sich die EU gerade in Krisenzeiten als Schlüssel zur Lösung von Problemen erweist, die mit nationalen Mitteln allein nicht bewältigt werden können.

Dies vorausgeschickt, fordert der Landtag mit Blick auf die anstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft die Landesregierung auf,

1. sich auf europäischer und Bundesebene für eine Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten sowie der Europäischen Arzneimittel-Agentur einzusetzen,
2. sich auf Länderebene, in der Europaministerkonferenz und im Ausschuss der Regionen bei der Beratung zum mehrjährigen Finanzrahmen dafür einzusetzen, dass die Beachtung des Rechtsstaatsprinzips auch in Zeiten der Pandemie-Bekämpfung konstitutives Element der EU-Mitgliedschaft und unabdingbare Voraussetzung für den Erhalt von Fördermitteln der EU bleibt,
3. sich weiterhin für eine angemessene Ausstattung des künftigen mehrjährigen Finanzrahmens und insbesondere der Mittel für die Kohäsionspolitik einzusetzen,
4. das Ziel zu verfolgen, dass alle jungen Menschen vor ihrem 25. Lebensjahr die Möglichkeit bekommen, mindestens zwei Wochen den Alltag in einem anderen europäischen Land mitzuerleben und in dieser Hinsicht die Mittel des Programms Erasmus+ auszuweiten,

und sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

1. sie die Überwindung der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie im Rahmen eines umfangreichen europäischen Wiederaufbauprogramms unterstützt,
2. sie sich auf europäischer Ebene weiterhin für möglichst ungehinderte Güterverkehre einsetzt,

3. mit dem Ziel einer europäischen Selbstversorgung die Abhängigkeit der Bürgerinnen und Bürger der EU in der Arzneimittel- und Medizinprodukteversorgung von außereuropäischen Herstellern und Produktionsstandorten verringert wird, indem beispielsweise auf eine vermehrte Produktion von Pharmazeutika und deren Vorstufen in möglichst mehreren Mitgliedstaaten der EU und die ausreichende Bevorratung lebenswichtiger oder aus anderen Gründen besonders wichtiger Medikamente und Medizinprodukte in den Mitgliedstaaten gedungen wird,
4. eine Modernisierung und Weiterentwicklung des europäischen Foreign Direct Investment Screening-Systems zu einem wirksamen Schutzmechanismus für technologisch und strategisch wichtige Zukunftssektoren vorangetrieben wird,
5. auf europäischer Ebene verstärkt Maßnahmen zur Förderung offener Wissenschaft ergriffen werden, um den Austausch von Daten und Forschungsergebnissen innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft in der EU und darüber hinaus zu beschleunigen und dafür zu sorgen, dass Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung in öffentlicher Hand bleiben,
6. sie die EU-Kommission bei ihren Bemühungen um einen Green Deal weiterhin aktiv unterstützt,
7. die Verhandlungen der EU mit dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland mit der nötigen Dringlichkeit geführt werden und die Bedeutung einer fairen Verständigung über die Fischereirechte für den Fortbestand der niedersächsischen Hochseefischerei dabei angemessen Berücksichtigung findet sowie im Falle eines Antrags für einen verlängerten Übergangszeitraum diesen zu unterstützen.

Begründung

Mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft zum 1. Juli 2020 übernimmt Deutschland eine wichtige institutionelle Führungsrolle. Am Wechsel zweier Förderperioden wird die EU nicht nur durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, sondern gleichzeitig durch den in weiten Teilen noch unregelten Brexit und die Herausforderungen des Klimawandels auf eine beispiellose Probe gestellt. In Bezug auf die Zukunftsfähigkeit der EU gilt es nun solidarische und umfangreiche Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 14.05.2020)